Zeitschrift: Schweizer Monatshefte : Zeitschrift für Politik, Wirtschaft, Kultur
Herausgeber: Gesellschaft Schweizer Monatshefte
Band: 16 (1936-1937)
Heft: 6

Rubrik: Politische Rundschau

Nutzungsbedingungen
Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation
L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use
The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 15.07.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

Politische Rundschau

Schweizerische Umschau.

Der Fall Spanien. / Die Pressefreiheit. / Monsieur Eisenegger — oder die Träne der Sehnsucht. / Der Fall Bührer. / Der Bundesrat antwortet dem Völkerbund.

In unserer Berichtsperiode, die diesmal sechs Wochen umfaßt, sind in der schweizerischen Politik bedeutsame Ereignisse in einer Vielzahl eingetreten, die man sonst in den heißen Ferienmonaten keineswegs gewohnt war. Aber schließlich war dieser Sommer ja ohnehin ungewöhnlich und das miserable Wetter bot durchaus Gelegenheit, den Geist durch zahlreiche aufregende politische Zwischenfälle zu mobilisieren und damit gleichzeitig zu erwärmen, um so das Minus der äußeren Temperatur auszugleichen.

Miserables Wetter herrschte nun aber leider nicht nur an den sonst wunderschönen respektiven Ferienorten, dahin unsere Bundesräte um Mitte Juli herum sich verflüchtigten. Damals begann eben die spanische Katastrophe akute Gestalt anzunehmen, aber das hinderte natürlich niemanden, trotzdem in die Ferien zu gehen, am wenigsten unseren Gesandten in Madrid, Herrn Minister Egger. Nachdem man nun oft auch gerne die tschechoslovakische Republik mit der Schweiz vergleicht, wenn auch zu Unrecht, so liegt diesmal eine Situation vor, die einen Vergleich durchaus zuläßt: während schwarze Wolken drohender Gefahr in diesen Sommermonaten den politischen Himmel verdüsterten, weilte z. B. der Ministerpräsident Hodza weit weg von der Widrigkeit der Ereignisse, nämlich an der französischen Riviera, indes verschiedene andere Minister distanzmäßig ebenso weit von Prag entfernt waren. Und in der Prager „Zeit" traf man die sommerüblichen lakonischen Berichte, daß der Minister so und so, auf Urlaub weilend, keinerlei Korrespondenz wünsche und solche während der Ferienzeit unerledigt liegen bleibe. Bei uns in der Schweiz war es ähnlich und man muß sagen: es geht halt nichts über die Gemütlichkeit.

Es war vorauszusehen, daß das ungeheure Morden, das nunmehr bald die neunte Woche das spanische Land durchwütet, nicht nur Bestürzung und zunehmenden Schrecken in Europa verbreiten würde, sondern — und das ist ernster — politische Konsequenzen gefährlichster Art zeitigen würde, zumal man sich allerseits bemühte, mit der — ach so beliebten — politischen Schablone den spanischen Konflikt zu messen und so lange darin herumzusuchen, bis man zwei wunderschön herausgeschälte Prinzipien befriedigt und beruhigt nach Hause tragen konnte. So kam man zu der Feststellung, daß in Spanien um die Entscheidung zwischen dem Prinzip des Faszismus und dem Prinzip des Bolschewismus gekämpft werde. Das scheint nun aber, je genauer man hinsieht, gar nicht so unbedingt sicher zuzutreffen. Ob Franco ein Faszist ist, weiß niemand. Wie groß die Zahl der Monarchisten unter seinen Anhängern ist, weiß auch keiner. Jedenfalls wird auf jedem neu eroberten Ort von den Aufständischen die Flagge der Monarchie gehißt. Würde die Monarchie wieder eingeführt — man möchte dies dem spanischen Volke wünschen —, so brauchte das keineswegs eine faszistische Lösung zu sein. Es könnte ebenso gut, — nach einer vorübergehenden Militärdiktatur, — auf eine konstitutionell-demokratische Monarchie herauskommen. Nein, General Franco verkörpert gar nicht unbedingt ein politisches Prinzip umwälzenden Charakters, sondern er ist einfach der Mann der Ordnung, der es nicht länger ertragen konnte, daß sein Vaterland der Verwüstung durch den Anarchismus anheim zu fallen drohte. Sind wir denn wirklich bereits so weit, daß wir Ordnung mit Faszismus und ähnlichem gleich-

setzen müssen? Das wäre nun entschieden einigermaßen betrüblich. Und der zweite Punkt: auf der anderen Seite des Schlachtfeldes entdeckte man die Volksfront. Die Volksfront ist, wie das französische Beispiel erweist, ein gefährliches Prinzip, dessen gefährliche Auswirkungen dort heute schon erkennbar sind — gefährlich deshalb, weil es den Bürger zu einer xbeliebigen Nummer im sozialistischen Wohlfahrtsstaat machen will, gefährlich also, weil es etatistisch ist und sozialistisch und weil die sogenannten bürgerlichen Glieder meist nur ein wesenloses Dasein als Anhängsel führen, als fünftes Rad an einem Wagen, der auf der steilen Straße des Abstieges ins Verderben rollt. Man wird nun sagen, die Volksfront sei eben Schuld daran, daß der Anarchismus in Spanien in so gefährlichem Maße hochkommen konnte. Demgegenüber ist aber festzustellen, daß auch die Diktatur des Generals Primo de Rivera das Land auf die Dauer nicht hatte beruhigen können, zumal die größten spanischen Probleme auch in jener Periode keine Lösung gefunden haben: die Finanzreform und — die Hauptquelle aller Unruhen — die Bodenreform. Man gelangt so zu der Feststellung, daß der Anarchismus, der heute Spanien tatsächlich regiert, nicht allein als Weiterentwicklung der Volksfront zu verstehen ist, sich vielmehr aus der unter den verschiedensten Regime's angehäuften Summe verpaßter Gelegenheiten erklärt, die dringenden Probleme — insbesondere in sozialer Beziehung — im Sinne der inneren Befriedung zu lösen.

Mit diesen Bemerkungen soll keineswegs die politische Schädlichkeit der Volksfront bestritten werden, sondern es sei damit nur festgestellt, daß es nicht der Weisheit letzter Schluß sein kann, mit der politischen Schablone gewichtig den Ereignissen nachzulaufen, daß vielmehr jedes politische Ereignis seinen eigenen, im lebendigen Leben gezeugten Inhalt hat. Und im übrigen gibt es — so scheint uns — neben dem Faszismus und dem Bolschewismus noch eine andere Alternative, nämlich die Demokratie, und ob sie gleich heute beinahe zu Tode verschrieen werden mag.

* * *

Die Ereignisse in Spanien haben das ohnehin schon sehr labile innerpolitische Gefüge der Schweiz in einem bedenklichen Maße ins Wanken gebracht. Während ein Mann wie Léon Blum durchaus kaltes Blut bewahrte und den Interventionslockungen aus nüchterner Erwägung der Tatsachen nicht nachgab, taten seine sonst so gelehrigen Schüler bei uns das genaue Gegenteil. Das Wesentliche dabei ist, daß nicht wie in Frankreich die interventionsfreundliche Opposition von der zweiten Garnitur der Partei und der Gewerkschaften geführt wurde — bei uns stellten sich vielmehr alle führenden Persönlichkeiten der Sozialdemokratie an die Spitze der Bewegung, darunter auch gemäßigte Leute wie Klöti und Oprecht. Dies mag wieder als neuer Beweis dafür gewertet werden, was man von diesen „Gemäßigten", im Grunde zu halten hat. Da ist uns ein Friedrich Schneider beinahe lieber!

Diese Leute hätten am liebsten den Bundesrat zur Intervention gedrängt. Es ist jedenfalls äußerst erschreckend, daß eine große Partei von der Notwendigkeit neutralen Verhaltens der Schweiz tatsächlich keine Ahnung hat. Sie haben es bewiesen vor 14 Jahren im Falle Italien, sie beweisen es täglich im Falle Deutschland und sie mußten es erneut beweisen im Falle Spanien. In zahllosen Versammlungen wurde der Sympathie für Spanien Ausdruck gegeben, man leitete große Geldsammlungen ein und die selbstverständliche Folge des ganzen Theaters trat mit der üblichen Promptheit ein, als jugendliche Wirrköpfe zum Ordonnanzgewehr griffen und, natürlich ohne Geldmittel, allen Ernstes nach Spanien zu reisen gedachten. Die Reise ging nicht weit. Sie wurden in Basel verhaftet, bekamen immerhin noch ein gutes Nachtessen und wurden mit der wohltuenden Fahrkarte „Züri — eifach" wieder nach Hause geschickt. Aber mußte nicht das rote Marxistenherz in Tränen der Rührung völlig erweichen, wenn das dazugehörige Auge in der

sozialistischen Presse die welterschütternde Feststellung las, die Ortsgruppe Oerlikon der S. P. S. habe ein begeistertes Sympathietelegramm an die Regierung in Madrid geschickt? Jetzt konnte es natürlich nicht mehr fehlen! Das Beste daran ist, daß unsere Postverwaltung die Telegrammgebühren verdient hat.

Inzwischen wütete und tobte Herr Nicole nach bekannter Art in seinem Genfer Reich, das hoffentlich nur noch bis zum Herbst das seine ist, verhöhnte den Bundesrat, als er im Sinne der gewohnten väterlichen Ermahnung eingreifen wollte, bis es endlich der Behörde zu dumm wurde und sie mit massiver Strafandrohung eingriff. Seitdem hat, so scheint uns, die Hetze einigermaßen nachgelassen. Aber wieviel Wirrwar ist inzwischen in den Köpfen manches im Grunde durchaus gut schweizerischen Arbeiters angerichtet worden und welche Überflut von Verständnislosigkeit in Bezug auf die politische Stellung der Schweiz hat sich erneut über das Land ergossen!

Auch der unbedingte Anhänger der bürgerlichen Freiheiten, von denen die Pressefreiheit eine der vornehmsten ist, wird sich nachgerade die Frage vorlegen, ob es nicht an der Zeit wäre, wenn der Bundesrat mit scharfen Maßnahmen, z. B. Presseverboten, eingreifen würde. Die Handhabe dafür besteht. Gewiß sind solche Eingriffe schmerzlich, schmerzlich nicht nur für den Betroffenen, der sie verdient, schmerzlich für alle, die aus Überzeugung an diesen Freiheiten hängen und der Ansicht sind, daß ihr ungeschmälerter Besitz unser Land in dem Kreise verschiedener Nachbarn vorteilhaft kennzeichne. Es ist aber ebenso selbstverständlich, daß solche Erwägungen vor den ernsten Notwendigkeiten des Tages zurückzutreten haben. Die Hauptsache ist, sich stets dessen bewußt zu bleiben, daß mit solchen Eingriffen keineswegs das freiheitliche Prinzip verlassen werden soll, daß es sich vielmehr um Maßnahmen handelt, die, mit Maß und Ziel und in verständiger Würdigung des Falles getroffen, durchaus vorübergehenden Charakter haben und nach Beruhigung der Lage ebenso selbstverständlich wieder aufgehoben werden. Wir denken dabei etwa an das Beispiel Clémenceau's, der in Zeiten der Gefahr mit rücksichtsloser Schärfe jeden Mißbrauch der Freiheiten radikal abtötete, indes doch niemand auf den Gedanken gekommen wäre, den Mann deswegen als Diktator zu verschreien und ihm die demokratischen Eigenschaften abzustreiten. Ist es doch eine Binsenwahrheit, daß der Mißbrauch der Freiheiten diese in ihr Gegenteil verkehrt und daß eine Demokratie zu Grunde gehen muß, wenn sie aus lauter Angst, in der Stunde der Gefahr einmal von einem Grundsatz abzuweichen, ohne ihn aufgeben zu wollen, ihren erklärten und ihren getarnten Gegnern alle Türen und alle Tore öffnet und womöglich noch alle Fenster aufreißt, damit diese Leute ihre Dynamitpäckchen auch ja so gut wie möglich im Haus der Freiheit unterbringen können. Wenn man die ehrwürdigen Gestalten unserer Landesväter besieht, so möchte man sich in der heutigen Zeit tatsächlich oft einen Clémenceau wünschen — etwas mehr Rücksichtslosigkeit und etwas mehr Forschheit und etwas mehr Schneid! Warum tun unsere Bundesräte im Grunde nichts oder so wenig, um die Demokratie zu schützen? Wollen sie wirklich so lange warten, bis der demokratische Aufbau unseres Staates, zitternd in den Stürmen der Zeit, angegriffen und beschädigt Stunde um Stunde von den Gegnern zur Rechten und zur Linken, eines Tages unter dem Hohngelächter des faszistischen Auslandes zusammenbricht?

* * *

Während nun die Verteidiger einer wirklichen schweizerischen Neutralität sich angesichts des ungeheuren Angriffs von Seiten der Linken zusammenschlossen, geschah es, daß bei einer Bewegung, die diesen Bestrebungen im Grunde nahesteht und die wir bei der Befolgung der außenpolitischen Linie der Schweiz, in voller Er-

kenntnis des Grabens, der uns innerpolitisch trennt, je und je als Bundesgenossen begrüßten — daß dieser Bewegung ein Betriebsunfall passierte, der geeignet war, ihr selbst und allen denen, die gewillt sind, mit ihr im Bunde für die Neutralität der Schweiz zu kämpfen, die Waffe aus der Hand zu schlagen. Wir meinen den Fall Eisenegger. Man soll nicht übertreiben. Aber wie man die Sache auch besieht, man kann von dem Eindruck nicht loskommen, daß hier ein Schwabenstreich geleistet wurde, dessen Urheber entschieden den Nobelpreis für politische Instinktlosigkeit verdient. Eine so handgreifliche Verquickung von Politik und Geschäft ist bestimmt seit langem nicht mehr dagewesen! Der Inhaber einer französisch geschriebenen frontistischen Tageszeitung der welschen Schweiz empfiehlt sich Herrn Dr. Goebbels als Germanisator! Außerdem wurde er — „mit pan-arischem Gruß" (so etwas gibt's) — von Herrn Oberstleutnant Fleischhauer in Erfurt angestellt, um den jüdischen Weltkongreß in Genf zu überwachen. Die letztere Mission hat nun allerdings nichts besonderes auf sich und die Bundesanwaltschaft tat bestimmt nicht gut daran, Eisenegger deswegen in Haft zu setzen, wie auch die Erhebung der Anklage in diesem Falle in ihrer Begründung und Zweckmäßigkeit äußerst zweifelhaft erscheint. Uns erinnerte der Brief an Goebbels etwas an die berühmte „Fromme Helene", denn auch hier tönte es, mutatis mutandis, aber mit denselben Tränen der Rührung:

„Geliebter Franz,
Dein bin ich ganz.
O trockne meiner Sehnsucht Träne,
10,000 Küsse von
Helene".

Damit wäre der Fall doch wohl, seiner politischen Bedeutung nach, erledigt, denn Schlüsse, die über die Person dieses hoffnungslosen Eisenegger hinausgehen, läßt der Vorfall nicht zu. Aber es ist, als bliebe ein bitterer Nachgeschmack: wie sollen wir das unneutrale Verhalten unserer Linken geißeln, aus welcher Kompetenz heraus wollen wir denn für die Neutralität kämpfen und der Linken täglich Neutralität predigen, wenn im Kreise derer, die doch, außenpolitisch gesehen, unsere Bundesgenossen sein sollten, sich solche Ereignisse abspielen können?

* * *

Bei dieser Gelegenheit stellte sich wieder einmal der sozialdemokratische „Patriotismus" ins hellste Rampenlicht. Der Schaffhauser Regierungsrat Bührer, dem die Eisenegger'schen Angelegenheiten amtlich zur Kenntnis gebracht worden waren, leistete sich einen flagranten Bruch des Amtsgeheimnisses, indem er der sozialdemokratischen Presse den Eisenegger-Brief zur Publikation — ausgerechnet auf den 1. August — übergab. Auch dieses Ereignis ist, parallel mit dem durch Spanien bei uns angerichteten Wirrwar, geeignet, die Situation zu beleuchten, in die eine andauernde Hetzpolitik uns innerpolitisch gebracht hat. Dabei kam es soweit, daß Bührer sich seiner Tat noch ausdrücklich rühmte und wir sind der festen Überzeugung, daß der famose Regierungsrat auch heute noch sich voller Stolz an die rote Brust schlägt, wenn er daran denkt, daß er einmal seine Amtspflichten und die Interessen des Vaterlandes auf dem Altar der Parteipolitik geopfert hat.

* * *

So erlitt die Bewegung, welche auf die Wiederherstellung der wirklichen Neutralität gerichtet ist, schwere Anfechtungen und Rückschläge. Doch ist es andererseits unbestreitbar, daß ein wenn auch noch kleines, aber doch deutlich bemerkbares Lichtlein das Dunkel der Lage erhellte. Vor zehn Tagen erstattete der Bundesrat die Antwort über die Stellungnahme der Schweiz zu den Plänen für die Re-

form des Völkerbundes. Es ist unzweifelhaft, daß die Schweiz mit dieser Note an den Völkerbund einen bedeutsamen Schritt im Sinne der Wiederherstellung unserer Neutralität getan hat. Angesichts der Tatsache, daß eine Milderung der Bestimmung des Artikels 16 des Völkerbundspaktes voraussichtlich nicht zustande kommen wird, sondern eher eine Verschärfung eintritt, hat der Bundesrat mit aller Eindeutigkeit festgestellt, daß die Schweiz in diesem Falle sich unter keinen Umständen an Sanktionsmaßnahmen beteiligen werde, welche sie irgendwie einer wirklichen Gefahr für ihre Neutralität aussetzen könnte. Die Beantwortung der Frage aber, ob eine solche Gefährdung vorliege, hat der Bundesrat der Schweiz, gestützt auf ihre Souveränität, allein vorbehalten. Auf die Londoner Erklärung vom 13. Februar 1920 wird bei dieser Gelegenheit einzig in dem Sinne verwiesen, als daraus die Bestätigung der immerwährenden Neutralität der Schweiz durch die Mächte entnommen wird. Dagegen ist in der Note von der differentiellen Neutralität, also von der Trennung der Neutralität in wirtschaftliche und militärische, nicht die Rede, und dieser Begriff, der die schweizerische Politik seit dem Jahre 1920 mit jener quälenden Unsicherheit belastete, wird totgeschwiegen und als nichtexistent behandelt. Der Bundesrat ist also weit davon entfernt, unsere Londoner Verpflichtung auf unbedingte Teilnahme an wirtschaftlichen Sanktionen zu bestätigen — im Gegenteil, er lehnt diese Verpflichtung in klarer Weise ab, indem er die Frage der Gefährdung der Neutralität ausschließlich durch uns, und zwar von Fall zu Fall, beantwortet wissen will.

Es ist sehr wahrscheinlich, daß diese Note, mit der die Schweiz die bereits im Herbst 1935 durch Bundesrat Motta eingenommene Stellung bestätigt, zu Diskussionen mit den Mächten Anlaß geben wird. Denn es ist nicht anzunehmen, daß Frankreich, das schon im Herbst 1935 durch die bekannte Rede des Herrn Coulondre gegen diesen Standpunkt remonstrierte, diese Erklärung des Bundesrates einfach hinnehmen wird. Uns aber scheint, daß der Bundesrat gar nicht darauf warten sollte, ob eine Diskussion über seine Note entsteht oder nicht. Sonst könnte am Ende die Angelegenheit wieder im Sande verlaufen und die Stellung der Schweiz, also ihre Bindung an alle Maßnahmen des Völkerbundes, bliebe genau die gleiche wie vorher — und gleich bliebe damit auch die Gefahr. Es ist vielmehr im Interesse unserer Unabhängigkeit unbedingt erforderlich, daß der Bundesrat eine ausdrückliche Anerkennung des in der Note festgelegten Standpunktes durch die Mächte erzielt — also eine Revision der Londoner Erklärung in diesem Sinn. Jedenfalls dürfte seit dem Abessinienkonflikt die Stimmung im Schweizervolk in der Richtung auf eine Wiederherstellung unserer Unabhängigkeit rapid gewachsen sein, sodaß der Bundesrat durchaus in der Lage ist, den Vertragspartnern mit der Möglichkeit des Austritts der Schweiz aus dem Völkerbund zu drohen. Wir wollen hoffen, daß der Bundesrat die notwendige Abklärung im Völkerbund diesmal entschlossen herbeiführt, denn es könnte sonst leicht eine Lage entstehen, durch die im Schweizervolk diejenigen Kräfte zu machtvoller Bewegung ausgelöst würden, deren Ziele in Bezug auf den Völkerbund weiter gesteckt sind, als die unmittelbaren Notwendigkeiten des Tages es begründet erscheinen lassen.

* * *

Wir aber wollen, ohne Rücksicht auf Anfechtungen und Rückschläge, unseren Kampf für die Neutralität entschlossen fortsetzen. Denn es ist unsere Überzeugung, daß das Schweizervolk zu sehr an seinem Lande hängt, als daß es nicht, bei klarer Erkenntnis der Sachlage, den Weg zu diesem einzig möglichen politischen Gesichtspunkt zurückfindet, wie es auch bei einer kommenden Gelegenheit vor dem Auslande einen machtvollen Beweis seines Willens zur Unabhängigkeit und Freiheit ablegen wird, indem es die Wehranleihe zeichnet.

Basel, den 14. September 1936. Jann v. Sprecher.

Zur politischen Lage.

Spanien. / „Parteitag der Ehre" und Anderes. / Die bolschewistische Revolution frißt ihre eigenen Kinder. / Frankreichs Volksfrontregierung beim Lavieren.

Wiewohl in Spanien während der letzten Jahre immer etwas „los" war, hätte doch bis vor wenigen Monaten niemand geglaubt, daß dieses abseits liegende und keinesfalls zu den Trägern großer politischer Ideen gehörende Land so bald eine entscheidende Rolle in der europäischen Politik spielen würde.

Wenn wir uns auch vorläufig immer noch nicht über die Erfolgsaussichten der einen oder anderen Partei aussprechen wollen, so müssen wir doch allerdings hinweisen auf die ganz erheblichen Erfolge der „nationalen Erhebung", die nacheinander unter Führung des Generals Mola die Festungen Bajadoz, Irun und San Sebastian eingenommen hat, und deren Truppen nun der Hauptstadt Madrid schon recht nahe gekommen sind. Demgegenüber ist immerhin zu betonen, daß auch die reguläre Regierung, obwohl sie fast nur mit unausgebildeten Arbeitergarden kämpfen muß, da und dort, besonders im Süden gewisse Erfolge verzeichnen kann. Einig ist sich wohl die ganze Welt darüber, daß es sich bei diesem Bürgerkrieg um eines der grausamsten Schauspiele handelt, welches schon über die Weltbühne gegangen ist. Neben den erbittertsten Kämpfen werden da Gefangene füsiliert, Geiseln eingezogen und hingemacht, Kirchen und Kunstwerke zerstört. Schon existieren ganze Bilderbücher voll der Grausamkeiten, welche sich die Regierung von Madrid und ihr Heer zuschulden kommen ließen. Besonders die römische Kirche leidet unter dieser Verfolgung. Eine diplomatische Aktion zur Humanisierung des Krieges endete mit einem Mißerfolg, da die Aufständischen erklärten, daß sie den Krieg in Ordnung führten und daß die legale Regierung nicht in der Lage sei, eine bindende Zusicherung abzugeben, weil sie nicht die Macht habe, die Schreckenstaten zu verhindern.

Tatsächlich bekommt man aus der Betrachtung der Vorgänge schon den Eindruck, daß die Aufständischen recht haben, wenn sie die reguläre Kriegsführung für sich, insbesondere für ihren Oberbefehlshaber General Franco, in Anspruch nehmen. Die legale, rechtmäßige Regierung nämlich, welche in Madrid ihren Sitz hat, ist offenbar nicht mehr selber Herr im Hause, sondern ein Spielball der Syndikalisten, Kommunisten und Anarchisten, denen der Terror im Blute liegt. Ihren äußeren Ausdruck hat diese Tatsache darin gefunden, daß die Regierung Giral zurücktrat und einem ausgesprochenen Linkskabinett unter dem kommunistischen Gewerkschaftsführer Largo Caballero Platz machen mußte, dem man wohl nicht zu Unrecht den Übernamen des „spanischen Lenin" gegeben hat. Der kommunistische Kurs wirkt sich nun nicht nur aus in einer Schreckensherrschaft, die alles Gegenteilige kurz und klein schlägt und sich mit seiner Kirchenverfolgung groß macht, sondern auch in den mannigfaltigsten Sozialisierungsmaßnahmen, die sich auf Bahnunternehmungen, Elektrizitäts-, Gas- und Wasserwerke beziehen, aber auch den Besitz der geflüchteten Gegner und die Hauseigentümer — durch zwangsweise Herabsetzung der Mietzinse — nicht verschonen. Überall hat da Moskau seine Hand im Spiel, das Spanien gerne als wichtigen Stützpunkt am anderen Ende Europas zur Revolutionierung der Welt benützen möchte. Nicht von ungefähr müssen jedenfalls die russischen Arbeiter zwei Prozent ihres Lohnes für den Verteidigungskampf der spanischen Kommunistenregierung opfern. Neben Moskau sind aber auch die übrigen Arten und Abarten des Marxismus an dem spanischen Unternehmen interessiert, so der im Exil lebende orthodoxe Bolschewist Trotzki und die ganze zweite Internationale, für die es hier in Spanien um Sein oder Nichtsein des Sozialismus geht. Bei dieser Sachlage wird natürlich mit Unterstützungen und Unterstützungsversuchen von außen her nicht gespart.

Sobald der Bürgerkrieg anhob, ergab sich sozusagen für alle Staaten die Notwendigkeit, dazu Stellung zu nehmen. Der Grund lag darin, daß sofort überall

starke Sympathien und Antipathien für die eine oder die andere der beiden Parteien lebendig wurden. Die größten Schwierigkeiten stellten sich in Frankreich, wo bekanntlich ebenso wie in Spanien eine Klassenregierung unter dem Namen „Volksfront" die Macht inne hat. Eine Betätigung der natürlichen Sympathien, wie sie von den Linksparteien, insbesondere von den Kommunisten unbedingt gefordert wurde, hätte aber unbedingt eine große Störung des europäischen Friedens zur Folge gehabt, denn dann wäre jedenfalls auch die Unterstützung der Aufständischen durch Italien und Deutschland nicht ausgeblieben. Um dies zu verhindern, hat Frankreich dann die Initiative für eine Verständigung der wichtigsten Mächte ergriffen im Sinne der gegenseitigen Verpflichtung zur Nichteinmischung in den spanischen Bürgerkrieg. Obwohl anfänglich und auch noch während der Verhandlungen über diese Initiative offenbar sowohl von italienischer wie von französischer Seite Dinge vorkamen, die auf eine Unterstützung der Parteien hinausliefen — Verschaffung von Waffen, Munition und Flugzeugen —, ist dann doch die Verpflichtung zur Nichteinmischung von den europäischen Großmächten eingegangen worden und scheint jetzt auch gehalten zu werden. Diese Lokalisierung des Brandes auf Spanien kommt Europa sehr zu statten; wäre sie nicht gelungen oder könnte sie nicht aufrecht erhalten werden, so würde sich der Krieg wohl unfehlbar weiter ausbreiten.

* * *

Mit einer kleinen Flottendemonstration im spanischen Bürgerkrieg hat Deutschland kundgetan, daß es sich wieder als volle Großmacht fühlt und auch fähig ist eine Großmacht zu sein. Tatsächlich steht Deutschland nun wieder im Vollbesitz seiner Souveränität. Den letzten Schritt dazu tat es am 24. August, als seine Regierung die zweijährige Dienstzeit wieder einführte. Bezeichnenderweise war damals die Entwicklung schon so weit gediehen, daß Hitler für seine Maßnahme weder die Zustimmung des Reichstages erstrebte noch daß irgend ein Protestschritt von Frankreich oder England auch nur in Erwägung gezogen wurde. Die neue Aufrüstungsmaßnahme soll veranlaßt worden sein durch Rußland, welches kurz zuvor die Altersgrenze für die Aufnahme ins Heer auf das 19. Jahr herabsetzte, um seine Macht zu vergrößern. Es ist jedenfalls richtig, daß Deutschland im Bolschewismus und in Rußland seinen grimmigsten Gegner erkennt, und daß die russische Aufrüstung Deutschland nicht kühl lassen kann. Aber Rußland gab doch nur den äußeren Anlaß zu der genannten Maßnahme, die grundsätzlich eben doch zum Wesen der deutschen Großmacht gehört und früher oder später doch kommen mußte.

Deutschlands wiedererwachtes Selbstbewußtsein trat auch am Nationalsozialistischen Parteitag zu Nürnberg in den ersten Septembertagen hervor. An diesem „Parteitag der Ehre" — wie er offiziell genannt wurde — zählte Reichskanzler Hitler die Leistungen des Nationalsozialismus in den letzten vier Jahren auf: Verminderung der Arbeitslosen von sechs Millionen auf eine Million, Abschaffung der Zwangsenteignung der Bauern, Steigerung des Nationaleinkommens von 41 auf 56 Milliarden Mark, Verbesserung der Lage von Mittelstand, Handwerk und Handel, Hebung des Schiffsbaues, der Industrie, Beseitigung der staatlichen und kommunalen Defizite, Sanierung der Reichsbahn, Bau von Autostraßen und Siedelungen, geistige Erneuerung unter Ausschaltung aller Juden. Im weiteren Gang seiner Kundgebung verwies Hitler sodann eindrücklich auf die Lage Deutschlands, die eine große Exportmöglichkeit erheische, und auf die Notwendigkeit von Kolonien; er zeigte auch die Schaffung einer großen chemischen Rohstoffindustrie an, die die fehlenden Rohstoffe soweit als möglich auf synthetischem Wege beschaffen soll, um das Land unabhängig zu machen. Hinsichtlich gewisser Begleiterscheinungen wie der Knappheit an Lebensmitteln verlangte Hitler offen, daß das deutsche Volk diese relativ kleinen Beschwerden trage. Militärisch wurde die Bereitschaft Deutschlands sehr unterstrichen.

Die Rede, die so sehr Vieles darlegte, was unbedingt anerkannt werden muß, hat jedoch auch Vieles ausgelassen, was das deutsche Volk heute mindestens ebenso bewegt. Wir wollen diesmal die peinliche Wirtschaftslage des Reiches, die jedenfalls durch die vielen Rüstungsausgaben nicht besser wird, unerörtert lassen und uns nur dem Geistigen zuwenden. Die geistige Situation wird am besten beleuchtet durch die Maßnahmen der Kirchen. Da hat der Bruderrat der Evangelischen Bekenntniskirche am 23. August eine Kanzelankündigung verlesen lassen, in der es heißt: „Das deutsche Volk steht vor einer Entscheidung von größter geschichtlicher Bedeutung. Es geht darum, ob der christliche Glaube in Deutschland Heimatrecht behalten soll oder nicht. Mit einer Planmäßigkeit ohnegleichen wird das Evangelium von Jesus Christus heute bei uns bekämpft. Das geschieht nicht nur von Menschen, die jeden Glauben an Gott verwerfen, sondern auch von solchen, die Gott nicht leugnen wollen, aber meinen, die Offenbarung des einen lebendigen Gottes in Jesus Christus ablehnen zu können. Machtmittel des Staates und der Partei werden weitgehend eingesetzt gegen das Evangelium Jesus Christus und gegen die, die sich zu ihm bekennen." Aus dem katholischen Lager gibt sodann der jüngste Fuldaer Hirtenbrief der deutschen Bischöfe vom 27. August die Stimmung wieder; es heißt darin u. a.: „Wie es schon in den mannigfachen Sorgen des vergangenen Jahres der Fall war, so haben wir auch nach dieser Gesamtkonferenz dem Herrn Führer und Reichskanzler eine eingehende Denkschrift zugeleitet. Wir verlangen nur jenes heilige Recht, das der Führer selber im Sommer vor 3 Jahren durch die Unterzeichnung des Konkordates vor aller Welt feierlich verbürgt hat ... Darum darf auch die deutsche Geschlossenheit nicht durch religiöse Vergrämung und Entzweiung, Verächtlichmachung und Bekämpfung gelockert werden. Wer dem Bolschewismus auf religiösem Gebiete nicht wehrt, der öffnet ihm damit auch auf dem politischen und wirtschaftlichen die Türe. Von diesen unwiderleglichen Gedankengängen aus können wir deutschen Bischöfe es um so weniger begreifen, daß man auch in unserem Vaterlande und Volk den Einflußkreis des Christentums und der Kirche immer mehr verengt und zuletzt nur noch auf den Kirchenraum beschränkt". Aus diesen beiden Äußerungen von evangelischer und katholischer Seite spricht eine tiefe Mißstimmung, ja wohl noch mehr eine Verbitterung darüber, daß der Nationalsozialismus das Christentum aufs Spiel setzt. Angst muß man da hegen für die Kirchen, aber auch für den deutschen Staat ist die Sache nicht ungefährlich, denn es ist fraglich, ob er den Weg wieder zurückfindet und ob er nicht an seiner Stellung zu den Kirchen einmal scheitert.

Am Ende seiner Kundgebung auf dem Parteitag hat Hitler festgestellt, daß die Ehrlosigkeit Deutschlands nun beendet sei und der Geschichte angehöre. Darum wurde jedenfalls auch der Parteitag als „Parteitag der Ehre" in die Chronik der Bewegung eingetragen. Nachdem Deutschland während Jahrzehnten so viel Unehre widerfahren ist, kann man es begreifen, wenn das ganze Volk seine Ehre wiederherzustellen sucht und sich ob des erreichten Fortschrittes freut. Die Ehre der Nation erscheint nun gleichsam als das Banner, hinter dem Deutschland einherschreitet. Kein Verständiger wird verkennen, daß unter diesem Banner schon manches Gute geleistet worden ist, und er wird auch nicht Zukunftsforderungen wie diejenige nach der Rückerstattung von Kolonien, ablehnen. Aber gleich mit der Anerkennung der Ehre müssen wir darauf hinweisen, daß sie ein sehr gefährlicher Begriff ist, und zwar dann nämlich, wenn man beginnt, jegliche Forderungen und Wünsche als Ehrensachen zu betrachten. Die Häufigkeit, mit der jetzt in Deutschland von der Ehre die Rede ist, läßt diese Gefahr der Überspannung des Ehrbegriffes deutlich erkennen. Auch Demut steht einem Staate wohl an und ist wohl dem Frieden weit förderlicher als die stete Berufung auf Ehre. Das gilt natürlich nicht nur für Deutschland, sondern auch für die andern Mächte.

* * *

Der alte Satz, daß die Revolution ihre eigenen Kinder frißt, hat sich nun endlich auch in Rußland bewahrheitet. An der Spitze der bolschewistischen Revolution haben seinerzeit Lenin, Trotzki, Sinowiew, Kamenew, Rikow das berüchtigte „politische Bureau" gebildet und die ganze jahrelange Schreckensherrschaft organisiert. Von diesen Allen leben seit dem 25. August nur noch Trotzki und Stalin, Trotzki als Verbannter in Norwegen und Stalin als der unumschränkte Diktator des kommunistischen Nationalstaates Rußland. Die übrigen sind am genannten Tage mit anderen Anhängern Trotzkis nach einem großen politischen Prozesse hingerichtet worden. Das Schicksal dieser Schreckensmänner, die so viele Menschenleben auf dem Gewissen haben, rührt uns natürlich nicht zu Tränen. Indessen scheint doch bei diesem Prozeß nicht alles mit rechten Dingen zugegangen zu sein. Den Angeklagten wurde vorgeworfen, daß sie Stalin hätten ermorden wollen, und daß sie auch Beziehungen zur deutschen geheimen Staatspolizei gehabt hätten. Wenn man den Prozeßberichten glauben will, so haben die Angeklagten auch ein volles Geständnis abgelegt. „Wir verdienen den Tod; die vom Staatsanwalt beantragte Todesstrafe ist durchaus berechtigt und absolut gesetzlich", so ließ sich einer vernehmen. Aber alle diese Schuldbekenntnisse und Selbstanklagen entbehren der tatsächlichen Unterlagen, so daß man sich fragen muß, wie es denn zu einem solchen Ende kommen konnte. In dem ganzen Strafverfahren war eigentlich Trotzki der Angeklagte, und es scheint fast, als ob man den Inkriminierten Strafmilderung zugesichert hätte, wenn sie Trotzki recht belasten würden.

Eine grundsätzliche Betrachtung dessen, was in Rußland vorgefallen ist, ergibt folgende Blickpunkte: Stalin ist der eigentliche Diktator, welcher ein nationales kommunistisches Staatswesen aufrichten, die Revolution abbremsen und sich den Verhältnissen der übrigen Welt anpassen will. Wir haben die Grundzüge dieses Strebens bereits einmal bei der Betrachtung der neuen Sowietverfassung verfolgt. Ihm stehen — beziehungsweise standen — die alten orthodoxen Kommunisten mit ihrer internationalen Gesinnung gegenüber. Die Niederlage dieser Richtung bedeutet nach der Aussage Trotzkis das Ende eines Abschnittes Geschichte und den Beginn einer neuen Aera, und der Moskauer Prozeß bedeutet nichts anderes als das Ende der bolschewistischen Partei, ihrer Tradition und ihres Programmes. In dieses Gejammer stimmt die gesamte marxistische Presse mit einem Wutgeheul ein; sie redet von einem sechszehnfachen Justizmord und von einem entsetzlichen Unglück für den Sozialismus. Es erhebe sich jetzt die Frage: Diktatur oder Demokratie, individuelle Freiheit oder despotische Zwangsherrschaft? Nun haben die Marxisten, die bekanntlich nie laut genug nach der Diktatur des Proletariats rufen konnten, auf einmal wieder Worte, um die Freiheit gegen die Diktatur aufzurufen. Aber das Getue der zweiten Internationale wird nichts mehr daran ändern können, daß die gepriesene Revolution nun doch ihre eigenen Kinder gefressen und in eine nationalbolschewistische Diktatur umgeschlagen hat.

* * *

In etwas verringertem Maße, als es in Spanien der Fall ist, wirken sich die marxistischen und faszistischen Gegensätze auf dem Boden Frankreichs aus. Wir wissen, daß dort seit einigen Monaten unter der Führung von Léon Blum eine marxistische Volksfrontregierung am Ruder ist. So treiben nun auch im neuen Frankreich die Linksparteien ihre schönsten Blüten. Dem Senat, der die außerordentlich weitgehenden Sozialvorlagen Blums nicht gleich verabschieden wollte, wurde mit einem Volksaufmarsch gedroht. An der Tagung der französischen Lehrergewerkschaft wurde unter Applaus für den Antimilitarismus geworben, wobei ein Redner sich zu der Äußerung verstieg, man wolle lieber die Fremdherrschaft, als einen Krieg. Ministerpräsident Blum wird auch fortgesetzt von den Gewerkschaften unter Druck gehalten, die von der Regierung allerlei innen- und außenpolitische Zugeständnisse verlangen. Trotz alledem hat die Regierung bis jetzt den verderblichen Einflüssen

einigermaßen standhalten können. Das Heer betrachtet auch sie als eine notwendige Institution, und darum ist sie auch die Antwort auf Hitlers Verlängerung der Dienstzeit nicht schuldig geblieben: Sofort wurde ein Kredit von vierzehn Milliarden für die Verstärkung der technischen Kampfmittel — jedoch ohne Verlängerung der Dienstzeit — bereit gestellt, gleichzeitig allerdings beschlossen, im Sinne der Rüstungsbeschränkung initiativ vorzugehen. Auch außenpolitisch konnte die Volksfrontregierung dem Drängen ihrer Wähler bis jetzt noch erfolgreich widerstehen. So gelang es — trotz eines Proteststreikes der Metallarbeiter — die Neutralität gegenüber der spanischen Volksfrontregierung zu wahren und die bestehenden Sympathien, die sich bei einer Unterstützung Madrids recht unvorteilhaft hätten auswirken können, hintan zu halten.

Bülach, am 14. September 1936. Walter Hildebrandt.

Französischer Brief.

An dem Tage, wo das französische Parlament nach einer ungewöhnlich langen Sitzungszeit in die Ferien ging, war man nach hergebrachter Sitte allseitig bemüht, die Bilanz seiner Tätigkeit aufzustellen. Es erscheint ganz natürlich, daß diese Bilanz positiv oder negativ ausfiel, je nachdem die Verfasser zu den Anhängern oder zu den Gegnern der Volksfront zählten: die politische Buchführung ist eben keine bloße Technik, und noch viel weniger eine exakte Wissenschaft. In einer Beziehung jedoch herrschte volle Übereinstimmung: es wurden in den letzten drei Monaten ungeheuer viele Gesetze gemacht, mehr als sonst in vier oder fünf Kammersitzungen; dazu sind diese Gesetze so einschneidend, daß sie geeignet erscheinen, das wirtschaftliche und soziale Gesicht Frankreichs zu verändern. Man ist sich auch darin so ziemlich einig, daß diese gewaltige Arbeit nicht ganz freiwillig geleistet wurde, daß der Gesetzgeber, Parlament und Regierung, nicht immer völlig „souverän" waren, so wie es dem Geiste und dem Buchstaben nach in der französischen Verfassung steht. Der Druck setzte gleich von Anfang an ein, wurde immer stärker, um dann eine kurze Weile nachzulassen. Er kam offenbar von unten her, schien aus dunkeln Tiefen heraufzusteigen, in die noch kein politisches Lot hinabgedrungen ist. Ähnliches hatte man in Frankreich bereits während der großen Revolution und stärker noch in der kurzen Zeit der Pariser Kommune erlebt. Nur mit dem sehr bedeutsamen Unterschied: Der Druck trug damals einen chaotischen, ja sogar anarchistischen Charakter, in direkter Anlehnung an die Forderungen der großen revolutionären Theoretiker. Diesmal aber war das hervorstechendste Merkmal der ganzen, mit verblüffender Schnelligkeit schlagartig einsetzenden Bewegung das einer peinlichen, mit ungeheurer Sorgfalt bis in alle Einzelheiten ausgearbeiteten und durchdachten Organisation. Es war das blitzartige Auftauchen einer bis dahin ungeahnten Macht, die eigentlich mit dem französischen Volkscharakter selber nichts gemein hat und darum nur umso seltsamer wirkte. Wohl hatte man gleich zu Anfang der Entwicklung das Schlagwort von dem „Ministerium der Massen" geprägt. Dergleichen hatte man in Frankreich schon öfters gesehen. Das Volk hat eben nie ein besonders starkes Vertrauen zu den Leuten gehabt, die es sich zu seinen Führern und Gesetzgebern bestellt hatte, und seit der großen Revolution, dem Beginn des parlamentarischen Lebens, war der Gedanke einer genauen Überwachung der Regierungsgewalt nie verschwunden. Die berühmte Theorie Montesquieus von der Trennung der Gewalten wurde in Frankreich nie restlos durchgeführt, der Parlamentarismus besaß hier nie die Färbung des englischen Vorbildes. So erschien es auch diesmal nur ganz natürlich, daß die Regierung der Volksfront — und nicht nur die Regierung, sondern nicht minder die Kammer selber — durch eine außerparlamentarische Körperschaft, die das besondere Vertrauen der „Massen"

besaß, in ihrem Tun und Treiben überwacht werden sollte. Nach sovielen Enttäuschungen und nichteingelösten Versprechen — man denke nur an die „Linksmehrheiten" von 1924 und 1932! — wollte man den Herren Volksvertretern etwas genauer auf die Finger sehen, es sollte nun endgültig Schluß gemacht werden mit der „Republik der Kameraden", wo eine Hand immer die andere wäscht, so daß schließlich kein Unterschied mehr besteht zwischen rechts und links, es sei denn in den Wahlprogrammen. So war es zweifellos in den breiten Schichten der Volksfrontwähler gemeint gewesen, und darum war auch die Begeisterung so groß. Ein „Ministerium der Massen" als Marschtruppe und Kontrollorgan der verfassungsmäßigen Regierung, etwa nach dem Vorbild der Armeekommissäre, die während der großen Revolution den Generälen im Felde an die Seite gestellt wurden. Nur stellte sich hier sofort die Frage: Wer sind eigentlich diese „Massen", wie sind sie zusammengesetzt, in welcher Form äußert sich ihr Wille?

Die politischen Parteien der Volksfront legten gleich von Anfang an Wert darauf, uns die „Massen" möglichst oft und eindringlich vor Augen zu führen. Es war die Zeit der großen Straßenumzüge, „pour épater le bourgeois", wie es im Pariser Argot so schön heißt. Wir sahen die ungeheure Fläche der Place de la Nation eingepfercht voller Menschen. Es waren Arbeiter, Kleinangestellte, Conciergen, Beamte, Gewürzkrämer, das ganze kleine Volk der äußeren Bezirke nebst vielen waschechten „Proletariern". Im Großen und Ganzen lauter gutmütige Leute, die keiner Fliege bewußt ein Leid antun würden. Sie hatten gerade das Maß von Begeisterung im Leibe, das bei solchen Gelegenheiten dringend notwendig ist; nicht mehr, nicht weniger. Der Pariser tut und empfindet alles mit Maß. Von den Gefühlsmäßigen abgesehen, wollten die Leute an diesem schönen Tage etwas erleben, als Entschädigung dafür, daß sie nicht zum Fischen oder zum Faulenzen in irgendein kleines Nest draußen vor Paris gegangen waren. Sie wollten auch ihre Führer sehen, die Kameraden Blum, Thorez, Salengro, Duclos, Jouhaux, Auriol und soviele andere. Sie kletterten auf die Laternen, besetzten die niederen Dächer, hingen wie dicke Bienenschwärme an den Baumästen. Sie hantierten mit kleinen Handspiegeln, die sie gegen die Sonne hielten, und vertrieben sich die Zeit mit echt Pariser Wortwitzen. Das waren die „Massen", die in den letzten Monaten wohl ein Dutzendmal aufmarschierten; wir haben sie uns genau angesehen, das richtige Pariser Völkchen ohne Arg noch Falsch, aber auch ohne starke Leidenschaft. Daß von hier aus ein „Druck" erfolgen soll, ist völlig undenkbar. Diese Massen lassen sich ohne Zweifel mehr oder weniger leicht führen, sie sind sogar in bestimmten Augenblicken zu einem pathetischen Herzensschrei fähig, doch nicht zu energischen oder gar umstürzlerischen Taten. Meilenweit sind sie von dem Gedanken eines Geheimklubs entfernt, der eine große Aktion in allen ihren Einzelheiten regelt und schlagartig handelt. Wir konnten uns bei der Besetzung der Fabrikbetriebe selber davon überzeugen, daß die Mehrzahl der Arbeiter nicht „im Bilde" waren. Die Sache erschien ihnen völlig neu, rätselhaft, im Grunde sogar ein wenig unheimlich. Über das Wie und Wozu wußte niemand so recht Bescheid. „Man" hat es so befohlen, sagten sie. Der französische Arbeiter hat immer einen gewissen Hang zum Fatalismus gehabt, der ja überhaupt bei der französischen Nation ein Erbteil vom arabischen Blute herdarstellt. Er begnügte sich mit dem rätselhaften „Man" und ließ sich in den Fabriken häuslich nieder; die kleinen Fragen des körperlichen Wohlseins, Essen, Trinken, Schlaf, Unterhaltung usw. beschäftigten ihn völlig, zu theoretischen Diskussionen hatte er weder Zeit noch Lust. Wir wissen ganz bestimmt, daß sogar die Gewerkschaften von der revolutionären Bewegung förmlich überrumpelt wurden. Der Schlag war getan, ehe sie zu Atem kommen konnten, der geheime Generalstab hatte mit seiner unfehlbaren Organisation und starken Schlagkraft den Sieg davon getragen. Es ist heute bekannt, daß dieser geheime Generalstab nach Moskauer Muster und Anweisungen in gewissen kommunistischen Kreisen gebildet worden war, und daß ihm die „Zellen" innerhalb der Gewerkschaften blind

gehorchten. Es frägt sich nur, ob es sich um eine Machtprobe handelte, einen bloßen Versuch, eine „Répétition Générale", oder um den Anfang einer Umwälzung mit bolschewistischen Zielen?

Bedenklich ist ohne Zweifel, daß seither das seltsame „Ministerium der Massen" — seltsam darum, weil es mit den Massen gar nichts zu tun hat und ein rein diktatorisches Gepräge trägt — in den Kulissen ruhig weiter wirken und befehlen darf, daß es Frankreich in einen latenten Revolutionszustand versetzt, der die Geister verwirrt, die Nerven der Nation zermürbt, den moralischen Widerstand auch der Besten langsam brechen muß. Offiziell spielt die kommunistische Partei in Frankreich ein Doppelspiel, das geradezu kindisch anmutet — und doch ungeheuer raffiniert ist. Sie spielt mit der Regierung Blum, aber auch mit den Arbeitern und den sogenannten „Massen", denen sie zuruft: „Alles ist nicht möglich, wir müssen uns bescheiden!" Sie gebärdet sich nationalistischer als einst Poincaré, und Marcel Cachin erinnert an einen Déroulède mit weniger Feuer, Vaillant-Couturier an einen Barrès ohne Genie. Sie fordert die „Front der Franzosen", also eine waschechte Union Nationale, genau wie Marin oder der Oberst de la Roque, dem sie buchstäblich das Wasser abgräbt. Sie predigt die militärische Erstarkung Frankreichs, den Ausbau der Maginotlinie, die Schaffung von zahllosen Panzerdivisionen, und wiederholt den „Slogan", wie man heute sagt: „Kanonen, Munition!" Dabei setzt sie im Mutterland wie in den Kolonien ihr altes Zerstörungswerk fort, und ihre treuesten Bundesgenossen erklärten auf der Tagung des Nationalen Lehrerverbandes in Lille: „Lieber Knechtschaft als Krieg!"

Es gibt heute in Frankreich nur einen einzigen Volksführer, der das Spiel der französischen Kommunisten, soweit sie den Weisungen Moskaus blind gehorchen (was noch lange nicht für alle Kommunisten in Frankreich zutrifft), klar durchschaut hat und es mit unbarmherziger Schärfe aufdeckt. Dieser Mann ist Jacques Doriot, Bürgermeister und Abgeordneter der alten Königsstadt St. Denis, Franzose durch und durch, dabei der typische Pariser Arbeiterführer, in vieler Beziehung mit Jaurès zu vergleichen, doch ohne dessen Rhetorik. Es wird stets das Verdienst Doriots bleiben, das feingesponnene Moskauer Gewebe mit einer Anschaulichkeit bloßgelegt zu haben, der den guten Willen zur Erkenntnis besitzt. Doriot ist heute der am meisten gefürchtete und gehaßte Feind des Kommunismus stalinscher Prägung. Er hat für den gemeinen Mann das Rätsel der kommunistischen Taktik in der französischen Innenpolitik gelöst, indem er eben die Konstante Sowjetrußland einführte. Seine Stärke als Politiker ist die, daß er nichts anders als diesen Kampf „um die Befreiung Frankreichs" kämpft. Seine Schwäche als Parteiführer ist die, daß er nur dieses Ziel verfolgt, ohne sagen zu können, wie er das befreite Frankreich gestalten will. Wir haben gehört, er sei ein „Nationalkommunist"; doch auf die Frage, was er darunter eigentlich verstehe, wie er diesen Begriff praktisch auszufüllen gedenke, blieb uns Jacques Doriot die Antwort schuldig. Ihn erfüllt eben eine einzige Leidenschaft ganz: Los von Sowjetrußland. Sowjetrußland ist der sichere Krieg, ist der Untergang Frankreichs, das nie in seiner langen Geschichte in einer größeren Gefahr schwebte als eben jetzt. Denn der Gegensatz zwischen Bolschewismus und Nationalsozialismus in seiner spezifisch deutschen Prägung erscheint ihm absolut zu sein, und notwendigerweise zu einer kriegerischen Auseinandersetzung führend. Sowjetrußland ist fest entschlossen, diesen Krieg am Rhein anzufachen, wo sich dann die Blüte der deutschen Jugend verbluten kann; Frankreichs Schicksal läßt Moskau kalt. Die Umstände sind günstig wie noch nie. Die äußerste Linke „marschiert" stramm in der kommunistischen Ideologie, und auf der Rechten ist die nationale, gefühlsmäßige und politische Erbmasse wirksam, die seit Jahrhunderten gegen Deutschland gerichtet ist. Aber Frankreich, so führt Doriot aus, wird in dieser fürchterlichen Lage seine besten Freunde und die meisten seiner Bundesgenossen verlieren, die nicht die gleichen parteipolitischen oder ideologischen Gründe besitzen und im Bolschewismus den „größeren Feind" sehen. Die kommunistische Formel: „Alles

für Rußland, alles für Frankreich, da es der russische Bundesgenosse ist", wurde von Doriot zum erstenmal in ihrem ganzen, fürchterlichen Zynismus klargelegt. Man versteht nun mit einem Male, was gestern noch dunkel und widerspruchsvoll erschien. Der kommunistische Generalsekretär Maurice Thorez schreibt an den Ministerpräsidenten Léon Blum einen Brief, der wie eine Drohung klingt: Léon Blum hatte nämlich den Mut gehabt, der geplanten Pariser Reise des Reichsbankpräsidenten und deutschen Wirtschaftsministers Dr. Hjalmar Schacht zuzustimmen und sogar diese hochgestellte Persönlichkeit des Dritten Reiches bei einem offiziellen Festessen zu treffen. Dadurch eine richtige Wut des „Ministeriums der Massen", das heißt des Kominterns und dessen Exekutive in Paris. Das Schreckgespenst einer deutsch-französischen Verständigung tauchte wieder auf, es mußte unter allen Umständen beschworen werden. Der Ministerpräsident Léon Blum ließ dem kommunistischen Generalsekretär eine Abfuhr zuteil werden, die vielleicht einmal in der Geschichte einer trüben Zeit ihren Platz finden wird. Ein paar Tage später rief die „Humanité" voller Pathos aus; „Vive la Pologne, Monsieur!" Es ist der Satz, den einst ein mutiger Franzose dem russischen Zaren auf den Pariser Boulevards entgegenschleuderte. Das kommunistische Blatt nimmt die Gelegenheit wahr, die Polenfreundschaft der Bolschewisten zu bezeugen, und überhaupt der „heuchlerischen Behauptung" entgegenzutreten, als predigten die Kommunisten den Kampf zwischen der faschistischen und antifaschistischen Front. Deutlicher kann man gewiß nicht werden, und die beiden Beispiele, der wütende Thorez-Brief beim Schachtbesuch und der kommunistische Willkommgruß für den polnischen Generalissimus Rydz-Smigly, reden die eindringlichste aller Sprachen. Die französischen Kommunisten drehen das Wort des sozialistischen Staatsministers Paul-Faure um und sagen: Mit dem Teufel selber sind wir bereit, uns zu verbünden, insofern es ein „Antinaziteufel" ist.

Vor der Hand zeigt sich an dieser Stelle der ärgste Riß in der französischen Volksfront. Es war Doriot, der die drei Sätze nebeneinander stellte: „Wenn du den Frieden willst, dann bereite den Krieg vor!" Seit Jahrhunderten haben es die Völker so gehalten. „Wenn du den Frieden willst, so bereite den Frieden vor!" Diese neue Fassung wird Briand zugeschrieben, mit ihr hatte er jedenfalls seine stärksten Publikumserfolge. Dann kamen die französischen Kommunisten im Dienste Rußlands, sagt Doriot, und sie verkünden die allerneueste Leseart: „Wenn du den Frieden willst, so entfeßle den Krieg!" Kann es ein Wort geben, das stärker bei den französischen Massen einschlägt als das Wort: Krieg? Keine Partei, keine Persönlichkeit, die auch nur entfernt im Verdachte steht, nicht Alles daran zu setzen, um den Krieg abzuwenden, kann in Frankreich auf irgendeinen Wahlerfolg zählen. Diese Tatsache muß man sich vor Augen halten, um die innerpolitische Lage in Frankreich zur Zeit recht zu verstehen. Die Kommunisten verfügen immer noch über zuverlässige Truppen, die ihnen blindlings folgen und davon überzeugt sind, daß es auf der ganzen Welt keine schlimmere Kriegsgefahr gibt, als der Faschismus im Allgemeinen, der deutsche Nationalsozialismus im Besonderen; und daß Sowjetrußland mit der französischen Volksfront zusammen den stärksten Wall gegen das blutige Streben Adolf Hitlers bilden. Ganz anders jedoch liegen die Dinge bei den Sozialisten und besonders bei den Radikalen. Sie empfinden keine besondere Liebe für Mussolini oder Hitler, meinen jedoch, man könnte sich vielleicht mit ihnen verständigen, und es sei auf alle Fälle besser, gute Nachbarschaft zu halten, als die gefährlichen Despoten noch mehr zu reizen. Sozialisten und Radikale vertreten den französischen Kleinbürger, dem die Haut viel näher ist als das Hemd, und Rußland ein entfernter geographischer Begriff. Auf das kommunistische Säbelrasseln ertönt jetzt von allen Seiten die typische Antwort: „Keinen Sou, keinen Poilu für Sowjetrußland!" Nur so ist übrigens auch der Erfolg Doriots in den Kreisen der französischen Arbeiter zu erklären. Wohin er mit seiner Propaganda dringen konnte, spürt man heute schon bolschewistenfeindliche Luft. Die Arbeiter werden mißtrauisch, denken an das Abenteuer des Zarenbündnisses und schwenken in einen schwer definierbaren „National-

kommunismus" ein, hie und da mit Trotzkyfärbung. Der russische Kommunismus spielt gegenwärtig in Frankreich ein gefährliches Spiel. Seine offenkundige Einmischung in die offizielle Regierungspolitik, die durch den Thorezbrief hinlänglich gekennzeichnet wurde, macht die Massen der Linkswähler, mehr aber noch die sozialistischen und radikalen Parteiführer, stutzig und kopfscheu, die Erkenntnis wächst, daß für jene Leute Frankreich nur ein Aushängeschild ist, im besten Falle ein potemkinsches Dorf in der weiten, allrussischen Steppe. Die Risse in der Volksfront werden sich ohne Zweifel in den nächsten Wochen und Monaten erweitern; die entscheidende Krisis wird, soweit es sich um grundsätzliche Unterschiede der Außenpolitik handelt, von Kennern der Verhältnisse für Oktober oder November erwartet, jedenfalls im Anschluß an die neue Locarnokonferenz. Aber man darf nicht vergessen, daß die Kommunisten ausgezeichnete Manövrierkünstler sind, und daß ihnen die raffinierte Technik Moskaus zur Verfügung steht. Sie werden jedenfalls alles tun, um einen offenen Bruch des Front populaire zu vermeiden. Die Volksfront ist ihr Werk, sie stellt die große Hoffnung Sowjetrußlands dar, auf ihr beruht die gesamte europäische Politik der Machthaber in Moskau. Im Augenblick der höchsten Gefahr gibt es doch wohl Mittel und Wege genug, um eine rasche Ablenkung zu schaffen, sei es um den Preis einer neuen, verblüffenden Frontveränderung des russischen Kommunismus. Ein Schulbeispiel dafür ist das Verhalten der französischen Kommunisten dem spanischen Bürgerkrieg gegenüber. Nachdem sie in unglaublicher Weise zum Kriege gehetzt hatten, traten sie plötzlich auf offenkundige Weisung Moskaus hin den Rückzug an und wiederholten nur noch der Form halber ihren alten Kampfruf: „Des canons, des avions pour l'Espagne!" Es genügte, daß der Außenminister Yvon Delbos eine Zeitlang sein Entlassungsgesuch mit sich in der Tasche herumtrug und daß er im Kabinettsrat unter dem Beifall der meisten Minister erklärte, er werde die Sabotage seiner europäischen Neutralitätspolitik nicht länger dulden.

Aus alledem läßt sich schließen: Frankreichs Schicksal nach Innen und nach Außen hin wird gewiß sehr stark von den kommunistisch-bolschewistischen Winkelzügen und Geheimplänen bestimmt, und man kann auch noch nicht mit Gewißheit sagen, wie das Gefährliche Abenteuer enden wird. Aber es trifft doch nicht minder zu, daß die ärgste Gefahr in dem Augenblick überwunden erscheint, wo das raffinierte Spiel der Kommunisten in die breite Öffentlichkeit dringt und den Massen gestattet wird, einen Blick hinter die Kulissen zu werfen. Diese Aufklärungsarbeit scheint uns gegenwärtig mit ziemlichem Erfolg besorgt zu werden: schon aus dem Grunde ist es sehr wenig wahrscheinlich, daß die Volksfrontregierung Léon Blum am Politischen sterben wird. Für sie liegt die eigentliche Gefahr nach wie vor auf dem finanziellen und dem wirtschaftlich-sozialen Gebiet. Hier ist die Bilanz am wenigsten positiv, hier werden die unerfreulichsten Feststellungen gemacht. Sie kann eben den Wohlstand nicht aus dem Boden stampfen. Von allen Ländern eignet sich Frankreich am wenigsten zu kühnen finanziellen und wirtschaftlichen Experimenten. Hier muß mit alten Rezepten gearbeitet werden, besser noch mit den überlieferten Hausmitteln, die seit Jahrhunderten ausprobiert und dem französischen Volkskörper angepaßt sind. Eines dieser Rezepte, es stammt von dem Finanzminister Baron Louis, lautet bekanntlich: Macht mir gute Politik, und ich schaffe euch gute Finanzen! Es ist die berühmte Vertrauensforderung, die jeder französische Finanzminister erfüllen muß, und an der jede Theorie zerschellt. Sie ist nicht einmal mit der Anleihepolitik verknüpft, die im Privatleben ausschlaggebend wäre. Der französische Staat kann verschwenderisch sein, unter der Bedingung, daß die Nation die psychologische Möglichkeit zum Sparen besitzt. In den letzten Jahren wurde die französische Staatsschuld um volle 70 Milliarden Franken vermehrt; die Sparkraft des Volkes blieb ungebrochen. Ein französischer Finanzforscher hat herausgefunden, daß noch nie ein Staat seine Schulden bezahlt hat, am allerwenigsten der französische; was nicht verhindert, daß die Bürger ihm

immer wieder Kredit gewähren. Der Finanzminister im Kabinett Léon Blum, Vincent-Auriol, besitzt als Südfranzose einen feinen Instinkt für die Gefühle der breiten Massen. Sein Versuch einer kurzfristigen Anleihe zu 4 % stellt zurzeit das einzig mögliche Unterfangen dar, um die Maschen der Sparstrümpfe zu lockern. Sechs Monate oder höchstens ein Jahr: dieses befristete Vertrauen kennzeichnet überhaupt den gegenwärtigen Kurs. Nichts steht fest, alle Dinge sind im Fluß. Das „Experiment Blum" entscheidet sich in diesen stellen Tagen der völligen parlamentarischen und politischen Ruhe, in der schönen Ferienzeit. Denn jetzt muß in den zahllosen Büros der Ministerien die unerläßliche Kleinarbeit verrichtet werden, während im ganzen Lande die große Preisschlacht geschlagen wird. Es wird sich in diesen Wochen zeigen, ob es möglich ist, die gesamte französische Wirtschaft in den neuen Rahmen zu spannen, den die Kammer in fieberhafter, gewiß nicht immer glücklicher Tätigkeit geschaffen hat. Mehr als 70 einschneidende Gesetze liegen sozusagen als Rohmaterial vor. Sie müssen jetzt praktisch ausgestaltet und anwendungsreif gemacht werden. Welches wird ihre Wirkung im lebendigen Organismus der Nation sein, wenn sie durch die nötigen Reglemente und Ausführungsbestimmungen in eine feste Form gebracht sind und so dem Volkskörper einverleibt werden? Das sind die entscheidenden Fragen, von deren Beantwortung das Schicksal der Regierung Blum bestimmt wird. Es gibt eben ein großes politisches Experiment der französischen Volksfront, von dem Krieg und Frieden abhängen, und ein Experiment im häuslichen Kreis, das sich von dem anderen dadurch unterscheidet, daß es unter viel günstigeren Bedingungen längst hätte angestellt werden sollen. Man speist ein Volk nicht ungestraft immer nur mit schönen Worten ab.

Alfons Pütz.

Kultur- und Zeitfragen

Kehraus in Salzburg.

Es soll hier nicht die Rede sein von den letzten Darbietungen der reichen Festspielwochen. Vielmehr soll von denen erzählt werden, welche zuletzt nicht mehr konnten und weder durch die Locktöne der „Gans von Kairo" in Bewegung zu setzen, noch auch durch die „Kunst der Fuge" auf zwei Klavieren in ihrer Flucht aufzuhalten waren. Das sagt nichts gegen diese Veranstaltungen; aber man traf gegen Monatsende gerade an den stilleren Plätzen der Stadt und der Umgebung immer mehr auf Gruppen von Menschen, die in jeder unbewachten Minute Melodien vor sich hinzusummen und mit allen Gliedmaßen den Takt dazu zu geben begannen — und überhaupt auf jede Weise an den Tag legten, daß sie soviel Musik nicht mehr bei sich behalten konnten, sondern einfach überliefen. So war es dann die Stadt, die gerade in diesen Tagen sich noch liebevoller Beachtung erfreute, und sie bietet ja genug an umfangendem Medium, um den von der einen Kunst Überfüllten in den Schoß der andern den Überfluß ohne Bruch ausströmen zu lassen.

Das Einzigartige an Salzburg ist vielleicht, wie es, trotz der geringen räumlichen Ausdehnung der Altstadt, doch den Eindruck einer in bildungskräftigen Zeiten gewachsenen wirklichen Großstadt, einer Stadt von innerlich großen Ausmaßen zu erwecken weiß. Und das wiederum auf eigene Art gegenüber anderen wirklichen Großstädten deutscher Lande aus der guten Zeit, die ja spärlich genug sind. Augsburg etwa ist ganz allemannische Gewichtigkeit, berechtigtes Geltungsbewußtsein und machtvolles Auf-sich-beharren. Hier dagegen im Bereich des bayrischen Stammes scheinen die Straßen wie zu einem gelösten Schweben sich aneinander zu reihen. Man kann sich hier angesichts der langen Zeilen unberührt echter Rokokohäuser großer Verhältnisse und sparsamer Dekoration gut vorstellen, wie etwa München